



Vorab per E-Mail geschickt:
strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Bundesamt für Energie BFE
Sektion NE
3003 Bern

Wohlen, 16. März 2015 / PL/BB

Stellungnahme DSV zur Vernehmlassung Strategie Stromnetze

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vernehmlassung der Strategie Stromnetze (Änderungen EleG und StromVG) äussern zu können. Gerne heben wir im Folgenden die aus Sicht des Dachverbands Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) wichtigsten Anliegen hervor. Die Ausführungen – und insbesondere die Anträge – basieren weitgehend auf der Argumentation des VSE.

Allgemein: Klarere Differenzierung zwischen den Netzebenen 1 und 3 und den Netzebenen 5 und 7

Wie bereits bei früherer Gelegenheit festgehalten (DSV-Stellungnahme vom 17. Juni 2014), wird der Begriff «Netzbetreiber» in den vorliegenden Entwürfen sehr allgemein verwendet. Der DSV wünscht eine klarere Differenzierung zwischen den nationalen/überregionalen Netzebenen 1 und 3 sowie den regionalen/lokalen Netzebenen 5 und 7. Viele der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sind für die Netzebenen 5 und 7 nicht relevant oder könnten sich gar hemmend auf die Arbeit der entsprechenden Verteilnetzbetreiber auswirken.

So würde die Prüfung von Mehrjahresplänen auf den Netzebenen 5 und 7 durch die ElCom einen unverhältnismässigen Aufwand bedingen. Entsprechend fordert der DSV, dass sämtliche Anpassungen und Ergänzungen auf ihre Verhältnismässigkeit hinsichtlich der verschiedenen Netzebenen hinterfragt werden und im Gesetz klarer zwischen den Netzebenen 1 und 3 beziehungsweise 5 und 7 unterschieden wird.



Revision Elektrizitätsgesetz (EleG)

Art. 15b E EleG: Spannungsübergreifende Ersatzmassnahmen nur in Absprache mit Verteilnetzbetreibern

Aus Sicht des DSV ist es zwingend, dass spannungsübergreifende Ersatzmassnahmen seitens des Übertragungsnetzbetreibers stets in Absprache mit den betroffenen (nachgelagerten) Verteilnetzbetreibern vorgenommen werden, da diese ansonsten unter Umständen Nachteile in Kauf nehmen müssen. Zudem sollte der betroffene Verteilnetzbetreiber nach eigenem Ermessen entscheiden können, ob und in welchem Umfang er Entschädigungsforderungen an den Übertragungsnetzbetreiber stellen will.

Antrag

Art. 15b E EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ² Die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 kann auf begründeten Antrag des Betreibers des Übertragungsnetzes anordnen, dass die gestützt auf die Umweltschutzgesetzgebung einschliesslich der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung vorzunehmenden Ersatzmassnahmen im Verteilnetz innerhalb des betreffenden Planungsgebietes ausgeführt werden. Mögliche Ersatzmassnahmen sind mit dem Verteilnetzbetreiber vorgängig abzustimmen.
- ³ Die betroffenen Betreiber von Verteilnetzen führen die Ersatzmassnahmen aus; sie werden, soweit sie dies fordern, dafür vom Übertragungsnetzbetreiber entschädigt.

Art. 15c E EleG: Planungssicherheit beim Mehrkostenfaktor

Um die Planungs- und Rechtssicherheit für die Verteilnetzbetreiber zu erhöhen, ist der zeitliche Rhythmus der Anpassung des Mehrkostenfaktors an die Überarbeitung des Szenariorahmens zu koppeln. Konsequenterweise sollte daher auch auf die Möglichkeit zur Unter- oder Überschreitung des Mehrkostenfaktors verzichtet werden. Die Vorgabe, eine Übertragungsnetzleitung möglichst als Erdkabel auszuführen, sollte ausserdem um den Vorbehalt der Versorgungszuverlässigkeit ergänzt werden.

Anträge

- Art. 15c Abs. 1 und 2 E EleG sind wie folgt zu ergänzen:

- ¹ ... ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch und aus Sicht der Versorgungszuverlässigkeit möglich ist und die ...
- ² ..., die Entwicklung der Technologien und die Kosten für die Erdverkabelung. Dabei stellt er sicher, dass ein erhöhter Verkabelungsgrad zu keiner Benachteiligung der Netzbetreiber in Bezug auf Tarif- und Qualitätsregulierung führt. Der Bundesrat kann den Mehrkostenfaktor jeweils zeitgleich mit der Genehmigung eines neuen Szenariorahmens gemäss Art. 9a Abs. 3 StromVG anpassen.

- Art. 15c Abs. 3 und 4 E EleG sind zu streichen.



Art. 15f E EleG / Art. 16 EleG: Verfahrensbeschleunigung nicht gefährden

Wie der Bundesrat selbst mehrfach festgehalten hat, ist es ein vordringliches Ziel der Strategie Stromnetze, die Bewilligungsverfahren zu beschleunigen. Auf Relativierungen, wie sie Art. 15f Abs. 3 im Sachplanverfahren vorsieht («in der Regel»), ist daher zu verzichten.

Ebenso ist die im bestehenden EleG (Art. 16 Abs. 2 lit. b) vorgesehene Anrufungsmöglichkeit des BFE bei Konflikten im Plangenehmigungsverfahren, die vom ESTI nicht geklärt werden können, zu streichen. Entsprechende Streitfälle würden vermutlich auch nach einem Entscheid des BFE ans Bundesgericht weitergezogen.

Schliesslich soll für Umbauten, Spannungs- oder Kapazitätserhöhungen oder für den Ersatz von Anlagen auf bestehenden Trassen ein verkürztes Plangenehmigungsverfahren zur Anwendung kommen (Art. 16 Abs. 7 EleG).

Anträge

Art. 15f Abs. 3 E EleG ist wie folgt zu ändern:

³ Der Sachplan ist ~~in der Regel~~ innert zwei Jahren zu erarbeiten ...

Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG ist zu streichen.

Art. 16 Abs. 7 EleG ist wie folgt zu ergänzen:

⁷ Der Bundesrat kann Hausinstallationen, Niederspannungsverteilstellen, und Niederspannungs-Energieerzeugungsanlagen sowie Umbauten von Starkstromanlagen von der Plangenehmigungspflicht befreien oder bestimmte Verfahrenserleichterungen vorsehen.

Art. 15 und 44 EleG: Umfassende Rechtssicherheit bei Dienstbarkeiten

Stromleitungen dienen längst nicht mehr nur dem Transport von elektrischer Energie; zunehmend werden – Stichworte Powerline oder Lichtwellenleitertechnik – im gleichen Trasse auch Daten übertragen. Diese Bündelung ist zweifellos im öffentlichen Interesse. Aus Gründen der Rechtssicherheit erachtet es der DSV daher als zwingend, dass – auch bestehende – Dienstbarkeitsverträge sämtliche Nutzungen einer Stromleitung umfassen, insbesondere auch den Transport von Daten Dritter.

Für den Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrags soll die schriftliche Form genügen; eine öffentliche Beurkundung würde einen unverhältnismässigen Aufwand mit sich bringen. Für die zwangsweise Erneuerung zeitlich abgelaufener Dienstbarkeitsverträge sollen lediglich die Bestimmungen des Enteignungsgesetzes zur Anwendung kommen.

Ebenso soll (ausschliesslich) auf das Enteignungsgesetz zurückgegriffen werden, falls nach Ablauf einer Entschädigungsperiode die Höhe der neuen Entschädigung oder die Dauer der neuen Entschädigungsperiode strittig werden. Deshalb regt der DSV an, dass in das überarbeitete EleG ein entsprechender Artikel analog zum ehemaligen Art. 53^{bis} EleG aufgenommen wird.



Anträge

Art. 15a EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ² Mit dem Abschluss einer Dienstbarkeit, welche den Bau, Bestand und Betrieb von Leitungen gemäss Absatz 1 zum Gegenstand haben, werden alle Rechte, insbesondere auch das Recht, das Grundstück für die Durchleitung Daten Dritter zu nutzen, erteilt.
- ³ Absatz 2 gilt auch für bestehende Dienstbarkeiten.
- ⁴ Der Vertrag über die Errichtung dieser Dienstbarkeit bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form.

Art. 44 EleG ist wie folgt zu ergänzen:

Das Enteignungsrecht kann für die Erstellung und Änderung von Einrichtungen zur Fortleitung und Verteilung elektrischer Energie und der für deren Betrieb notwendigen Schwachstromanlagen sowie für die Erneuerung von Dienstbarkeiten im Einzelfall geltend gemacht werden.

Eine Bestimmung analog zum früheren Art. 53^{bis} EleG ist wieder aufzunehmen:

Streitigkeiten betreffend die Höhe der neuen Entschädigung von vertraglich eingeräumten Dienstbarkeiten und der neuen Entschädigungsdauer werden in einem Schätzungsverfahren nach den Bestimmungen des EntG entschieden.

Art. 26a E EleG:

keine Notwendigkeit für einen digitalen Netzplan auf nationaler Ebene

Wie bereits in seiner Stellungnahme vom 17. Juni 2014 erläutert, erachtet es der DSV als nicht sinnvoll, parallel zu den Datenplattformen der Netzbetreiber eine zusätzliche Plattform auf Bundesebene (BFE) zu führen. Zudem ist aus Gründen der Versorgungssicherheit davon abzusehen, dass die Daten der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Antrag

Art. 26a E EleG ist zu streichen.

Art. 3^{bis} E EleG: keine Kausalabgaben ohne ausreichende gesetzliche Grundlage

Der vorgeschlagene Artikel 3^{bis} bietet keine ausreichende gesetzliche Grundlage, um Gebühren für die Leistungen der genannten Bundesstellen oder der Kantone zu erheben.

Antrag

Art. 3^{bis} E EleG ist zu streichen.



Art. 13 EleG / Art. 4 StromVG: Netzebenen gesetzlich verankern

Wie eingangs erwähnt, sollte in den Bestimmungen von EleG und StromVG klarer zwischen den (nationalen/überregionalen) Netzebenen 1 und 3 sowie den (regionalen/lokalen) Netzebenen 5 und 7 unterschieden werden. Daher sind die sieben Netzebenen explizit auf Gesetzesstufe zu verankern.

Anträge

Art. 13 EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ^{1bis} Die Starkstromanlagen umfassen sieben Netzebenen.
- a. Netzebene 1 bezeichnet das Übertragungsnetz, welches in der Regel mit einer Spannung ab 220 kV betrieben wird;
 - b. Netzebene 2 bezeichnet die Transformation zwischen den Netzebenen 1 und 3;
 - c. Netzebene 3 bezeichnet das Übertragungsnetz, welches in der Regel mit einer Spannung ab 36 kV und unter 220 kV betrieben wird;
 - d. Netzebene 4 bezeichnet die Transformation zwischen den Netzebenen 3 und 5;
 - e. Netzebene 5 bezeichnet das Übertragungsnetz, welches in der Regel mit einer Spannung ab 1 kV und unter 36 kV betrieben wird;
 - f. Netzebene 6 bezeichnet die Transformation zwischen den Netzebenen 5 und 7;
 - g. Netzebene 7 bezeichnet das Übertragungsnetz, welches in der Regel mit einer Spannung unter 1 kV betrieben wird;

Art. 4 Abs. 1 StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ¹ In diesem Gesetz bedeuten:
- h. Übertragungsnetz: Elektrizitätsnetz in der Regel gemäss Artikel 13 Abs. 1^{bis} lit. a EleG, welches ...
 - i. Verteilnetz: ~~Elektrizitätsnetz hoher, mittlerer oder niedriger Spannung~~ gemäss Artikel 13 Abs. 1^{bis} lit. b. bis g. EleG zum Zwecke ...
 - j. Netzebene: Elektrizitätsnetze unterschiedlicher Spannungsebenen sowie die zur Umwandlung der Spannung zwischen diesen Netzen benötigten Transformationsebenen gemäss Artikel 13 Abs. 1^{bis} EleG.

Art. 15 und 17 E EleG: Sachplan- und Plangenehmigungsverfahren

Im EleG soll explizit festgehalten werden, dass die Sachplanpflicht – wie es auch der erläuternde Bericht des Bundesrates definiert – nur für die Netzebene 1 (Übertragungsnetz) gilt. Zudem sollten Begleitgruppen zu Sachplanverfahren nur bei Bedarf eingesetzt werden. Hinsichtlich der Plangenehmigungsverfahren ist der DSV der Meinung, dass diese wegen der Gefahr von Interessenskonflikten ausschliesslich vom BFE durchzuführen sind.

Anträge

Art. 15e Abs. 2 E EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ² Die Sachplanpflicht besteht nur für Netzbauprojekte des Übertragungsnetzes. Der Bundesrat regelt weitere Ausnahmen von der Sachplanpflicht.

Art. 15g Abs. 2 E EleG ist wie folgt zu ändern:

- ² Es ~~setzt kann~~ in jedem Sachplanverfahren eine Begleitgruppe ~~einsetzen~~ eingesetzt werden.

Art. 17a E EleG ist zu streichen.



Art. 18a E EleG: Geltungsdauer Projektierungszonen nicht beschränken

Um die Realisierung von Bauvorhaben nicht zu gefährden, ist die Möglichkeit offen zu halten, die Geltungsdauer der Projektierungszonen um jeweils 3 Jahre zu verlängern.

Antrag

Art. 18a Abs. 1 E EleG ist wie folgt zu ändern:

- ¹ Die Projektierungszonen können für eine Dauer von längstens fünf Jahren festgesetzt werden. Die Geltungsdauer kann um jeweils höchstens drei Jahre verlängert werden, solange das Genehmigungsverfahren nicht abgeschlossen ist. ...

Revision Stromversorgungsgesetz (StromVG)

Art. 9a E StromVG: Szenariorahmen breit abstützen

Der DSV begrüsst die Idee, dass das BFE als unabhängige Stelle die Koordination des Szenariorahmens übernimmt. Im Gesetz ist jedoch explizit festzuhalten, dass sich der Szenariorahmen an einer Gesamtenergiebetrachtung orientieren soll.

Der Szenariorahmen dient der übergeordneten Netzplanung und soll sich auf die Netzebenen 1 und 3 beschränken. Bei dessen Erstellung und Nachführung sollen geeignete Partner rechtzeitig mit einbezogen werden. Dabei sind auch die Betreiber von systemrelevanten Kraftwerken zu berücksichtigen.

Die grundsätzliche Auskunftspflicht der Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft ist in Art. 25 StromVG bereits festgelegt. Eine weitere Verpflichtung ist nicht notwendig.

Die Verbindlichkeit des Szenariorahmens für Behörden hat sich auf die Beurteilung der Netzplanung und die Anrechenbarkeit von Massnahmen der Stromnetze zu beschränken. In anderen Bereichen dagegen soll die Handlungsfreiheit der Behörden nicht eingeschränkt werden. So soll etwa der Zubau von Produktionsanlagen auch dann möglich sein, wenn das Szenario diesen Zubau nicht vorhergesehen hat.

Antrag

Art. 9a E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ¹ ... einen Szenariorahmen als Grundlage für die übergeordnete Netzplanung. Der Szenariorahmen geht von einer Gesamtenergiebetrachtung aus. Bei der Erstellung des Szenariorahmens sind Dabei zieht es die Kantone, die nationale Netzgesellschaft, die übrigen Netzbetreiber, die Betreiber von bedeutenden Kraftwerken und weitere Betroffene angemessen mit einzubeziehen. ~~Diese stellen dem BFE die dafür erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung.~~
- ² ..., die für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren für die Netzebenen 1 und 3 die Bandbreite wahrscheinlicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen aufzeigen. ...
- ⁵ Der Szenariorahmen ist für Behörden zu Fragen der Elektrizitätsnetze verbindlich.



Art. 9a E StromVG: Mehrjahrespläne – Verhältnismässigkeit wahren und Subsidiaritätsprinzip beachten

Die Prüfung sämtlicher Mehrjahrespläne der Verteilnetzbetreiber durch die ElCom stellt einen unverhältnismässigen Aufwand dar. Entsprechend ist sie auf die Netzebenen 1 und 3 zu beschränken. Hingegen ist die Verpflichtung der (Verteil-)Netzbetreiber im Gesetz festzuhalten, ihre Netzplanung bedarfsgerecht mit dem Betreiber der vorgelagerten Netzebene abzustimmen.

Das StromVG soll die Stabilität sowie die Vergleichbarkeit der Mehrjahrespläne gewährleisten. Beschrieb und Begründung der Netzprojekte müssen deshalb in der Stromversorgungsverordnung abschliessend geregelt und gemäss Art. 3 StromVG der Branche subsidiär übertragen werden. Um Rechts- und Planungssicherheit zu gewährleisten, soll nach erfolgter Genehmigung der Mehrjahrespläne kein nachträglicher Nachweis der Notwendigkeit für genehmigte Projekte mehr erbracht werden müssen.

Art und Zeitpunkt der Kommunikation der Mehrjahrespläne sind zudem zwingend dem jeweiligen Netzbetreiber zu überlassen.

Anträge

Art. 9a Abs. 1 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ¹ Die Netzbetreiber erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten Netzentwicklungsplan (Mehrsjahresplan) und legen die Pläne der Netzebenen 1 und 3 innerhalb von ~~neun~~ zwölf Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der ElCom zur Prüfung vor.

Art. 9a E StromVG ist wie folgt zu ergänzen:

- ^{1bis} Basierend auf den Vorgaben des Szenariorahmens sowie den regionalen und kommunalen Anforderungen definieren die Verteilnetzbetreiber ihre Netzplanung. Sie stimmen sich dabei bedarfsgerecht mit dem Betreiber der vorgelagerten Netzebene ab.

Art. 9b Abs. 2 und 3 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ² Der einzureichende Mehrjahresplan enthält folgende Angaben:
 - a. Er beschreibt die vorgesehenen Netzprojekte und ~~legt dar, inwiefern sie wirksam und angemessen sind~~ begründet sie.
 - b. Er weist aus, welche Netzausbaumassnahmen über die entsprechenden zehn Jahre hinaus vorgesehen sind.
- ³ Der Bundesrat regelt die Einzelheiten hinsichtlich der Angaben gemäss Absatz 2 bestimmt, ~~welche weiteren Angaben der Mehrjahresplan enthalten muss.~~ Er kann für Betreiber von Verteilnetzen Ausnahmen und Erleichterungen von der Pflicht zum Vorlegen eines Mehrjahresplanes vorsehen.

Art. 9b E StromVG ist wie folgt zu ergänzen:

- ^{2bis} Die Netzbetreiber legen die Mehrjahrespläne für die Netzebenen 1 und 3 der ElCom zur Prüfung vor. Mit dem Abschluss der Prüfung der Mehrjahrespläne bestätigt die ElCom den Bedarf für die darin dargestellten Netzprojekte.

Art. 9b Abs. 4 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ⁴ Die Unternehmen nationale Netzgesellschaft ~~veröffentlichen~~ veröffentlichen die von der ElCom geprüften Mehrjahrespläne. Sie sollen ~~werden~~ nur so weit veröffentlicht werden, als: ...



Art. 9 E StromVG: Netzplanung den Netzbetreibern überlassen

Nach welchen Grundsätzen die Netzplanung erfolgt, ist gemäss dem Subsidiaritätsprinzip den einzelnen Netzbetreibern zu überlassen. Eine Veröffentlichung dieser Grundsätze wäre mit strategischen Nachteilen für die Netzbetreiber verbunden.

Ebenso soll die Zuständigkeit für die Planung der Netzebenen 3 bis 7 bei den jeweiligen Netzbetreibern verbleiben. Ein Einbezug der nationalen Netzgesellschaft ist überflüssig.

Im Weiteren soll das NOVA-Prinzip (Netzoptimierung vor Verstärkung vor Netzausbau) mit einer gewissen Flexibilität gehandhabt werden. So können allfällige Massnahmen, die sowohl bezüglich Versorgungssicherheit als auch bezüglich Wirtschaftlichkeit besser abschneiden, auch dann umgesetzt werden, wenn sie dem NOVA-Prinzip widersprechen.

Der Einbezug der Kantone und weiterer Betroffener in die Planung ist bereits in Art. 9e Abs. 2 festgelegt und braucht daher nicht in einem zusätzlichen Abs. 4 erwähnt zu werden.

Anträge

Art. 9d Abs. 1 und 3 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ¹ ~~Jeder~~ Die Netzbetreiber ~~legt legen~~ die Grundsätze fest, die ~~er~~ bei der Netzplanung anzuwendent ~~sind~~, ~~fest und veröffentlicht diese Grundsätze.~~
- ³ Die ElCom kann Minimalanforderungen festlegen ~~und Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung gemäss Absatz 1 vorsehen.~~

Art. 9d Abs. 2 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ² Bei der Festlegung der Grundsätze ist namentlich zu berücksichtigen, dass das Netz in der Regel nur dann auszubauen ist, wenn die Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes während des gesamten Planungshorizontes nicht durch eine Optimierung oder Verstärkung erreicht werden kann.

Art. 9e Abs. 2 und 3 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ² ~~Die nationale Netzgesellschaft koordiniert die Planung des Übertragungsnetzes und die damit zusammenhängende Bedarfsermittlung mit der Planung der Betreiber der Übertragungsnetze der Nachbarstaaten und mit der Planung der Betreiber der schweizerischen Verteilnetze mit hoher Spannung. Die Netzbetreiber berücksichtigen für ihre Planung die Planung der benachbarten, vor- und nachgelagerten Netzbetreiber sowie Anschlussnehmer. Sie zieht die Kantone und weitere Betroffene angemessen mit ein.~~

Art. 9e Abs. 4 E StromVG ist zu streichen.



Art. 15 E StromVG / Art. 15 StromVG: Anrechenbarkeit für Investitionen in intelligente Systeme

Um die technische Entwicklung nicht zu behindern, sollten unter die anrechenbaren Kosten auch Investitionen in intelligente Systeme fallen, die die gesetzlichen Vorschriften übertreffen. Die Verhältnismässigkeit wird dabei gewährt, indem die Anrechenbarkeit stets nach Art. 8 Abs. 1 lit. a StromVG (Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Effizienz des Netzes) beurteilt werden soll.

Die Absätze 2 und 3 des bestehenden Art. 15 sind grundsätzlich beizubehalten. Insbesondere darf der Handlungsspielraum der Unternehmen auf Gesetzesstufe nicht unnötig eingeschränkt werden. Es ist ferner zu beachten, dass Kosten für Dienstbarkeiten auch als Aktivitäten im Zusammenhang mit Projekten (z. B. Kommunikation) aktiviert werden und somit Kapitalkosten und nicht Betriebskosten darstellen. Im Weiteren soll gemäss DIN-Normen der Begriff «Unterhalt» mit «Instandhaltung» ersetzt werden.

Anträge

Art. 15 Abs. 1 E StromVG ist wie folgt zu ändern und durch einen Abs. 1^{bis} zu ergänzen:

¹ ... eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes. Sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn. Die Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Mess- und Steuersysteme ~~beim Endverbraucher~~ gelten stets als anrechenbare Kosten. ~~Sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn.~~

^{1bis} Kapital- und Betriebskosten von innovativen Massnahmen für intelligente Netze sind anrechenbar, sofern Artikel 8 Abs. 1 lit. a StromVG erfüllt ist.

Art. 15 Abs. 2 und 3 StromVG ist gemäss geltendem Recht beizubehalten und wie folgt zu ändern:

² *gem. geltendem Recht, aber ...* Dazu zählen insbesondere die Kosten für Systemdienstleistungen, für ~~den Unterhalt~~ die Instandhaltung der Netze sowie die Entgelte an Gemeinwesen.

³ *gem. geltendem Recht, aber ...*
c. die Einräumung von Rechten und Dienstbarkeiten im Zusammenhang mit dem Netzbetrieb;
d. die projektspezifischen Kosten für Informationsmassnahmen der Unternehmen und die von den Netzbetreibern entrichteten Gebühren nach Artikel 3^{bis} Abs. 2 EleG.

Art. 15 Abs. 3^{bis} E StromVG ist zu streichen.

Art. 9c E StromVG: Optimale Anschlusspunkte unter Betrachtung des Gesamtnetzes wählen

Die Regelungen unter Art. 9c müssen nicht nur für Einspeisepunkte, sondern für alle Anschlusspunkte gelten. Zudem soll die Wahl des optimalen Anschlusspunkts davon abhängen, welche Lösung für das gesamte Netz aus technischer und wirtschaftlicher Sicht am günstigsten ist – allfällige Mehrkosten sind nach dem Verursacherprinzip zu belasten. So wird vermieden, dass die Wahl eines bestimmten Anschlusspunkts für sämtliche am betreffenden Netz angeschlossenen Endverbraucher negative (finanzielle) Folgen hat.



Antrag

Art. 9c E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- 1 Die Netzbetreiber legen die Ein- und Ausspeisepunkte für neue ~~Produktionsa~~Anlagen auf der Basis von ~~gesicherten öffentlich zugänglichen~~ Planungsdaten zur zukünftigen Entwicklung von Produktion und Verbrauch fest.
- 2 In der Regel ist derjenige Punkt auf dem bestehenden oder zukünftigen Netz als Ein- und Ausspeisepunkt festzulegen, welcher unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten ~~den~~ die technisch und wirtschaftlich günstigsten Anschluss Lösung ermöglicht.

Art. 9f E StromVG: keine Veröffentlichung der Netzplanung durch die Kantone

Die Veröffentlichung der Netzplanungen wird bereits durch Artikel 9b Abs. 4 sichergestellt. Eine entsprechende zusätzliche Verpflichtung der Kantone ist nicht notwendig.

Antrag

Art. 9f Abs. 2 E StromVG ist zu streichen.

Art. 20 E StromVG: keine alleinige Verantwortung des nationalen Netzbetreibers bei der internationalen Vernetzung des Schweizer Stromnetzes

Die internationale Vernetzung des schweizerischen Übertragungsnetzes ist ebenso sehr von ausländischen Partnern abhängig wie von der Arbeit des nationalen Netzbetreibers. Entsprechend kann dieser nicht allein für die internationale Vernetzung verantwortlich gemacht werden.

Antrag

Art. 20 Abs. 1 und 2 lit. e E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- 1 Die nationale Netzgesellschaft sorgt ...
- 2 ...
 - e. Sie ~~stellt strebt~~ unter Berücksichtigung des Szenariorahmens die ausreichende internationale Vernetzung des schweizerischen Übertragungsnetzes sicher an;

Sollten Sie zu den genannten Punkten Rückfragen haben, stehen wir Ihnen selbstverständlich gern für weitere Auskünfte zur Verfügung. Wir danken Ihnen herzlich für die Kenntnisnahme und freuen uns auf die weiteren konstruktiven Diskussionen.

Freundliche Grüsse

DSV Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber


Peter Lehmann
Präsident


Brigitte Barth
Leiterin Geschäftsstelle